

DER TAGESSPIEGEL

Mon BERLIN



VON PASCALE HUGUES

## Der abgeblasene Aufstand

Was ist passiert? Ich verstehe die Welt nicht mehr. Schon seit einer Woche hortete ich Konserven, um der Belagerung standhalten zu können. Revolution! gellten die Rufe durchs Land. Das Ende einer Ära! Das Ende der Groko! Das Ende Deutschlands, wie wir es kennen! Die SPD hatte gerade eine Frau und einen Mann mit radikalen Ideen zu ihren Parteivorsitzenden gewählt. Sie wollten alles über den Haufen werfen, neu verhandeln. Sie dachten sogar ernsthaft darüber nach, so munkelte man, die Regierungsbeteiligung aufzukündigen. Das Chaos drohte. Ich zitterte vor Angst.

Und eine Woche später? Das neue Tandem ist nicht wiederzuerkennen. Nur keine Unruhe! Es ruft dazu auf, in der Groko zu bleiben, möchte keine Forderungen stellen, sondern sucht den Dialog. Sogar der junge Robin Hood der Sozialdemokratie rudert zurück und warnt vor einem voreiligen Ausstieg. „Entscheidungen müssen vom Ende her durchgedacht werden“, sagt Kevin Kühnert, als hätte er gerade Valium geschluckt. Genau! Das Grollen der Revolution ist abgeebbt. Rückkehr zum einlullenden „Basso continuo“ der Unzufriedenheit made in Germany. Man beschwert sich morgens beim Bäcker, man beschwert sich mittags in der Kantine, man beschwert sich abends unter Freunden, und man beschwert sich, so viel ist sicher, an diesem Wochenende beim SPD-Parteitag in Berlin.

**Wenn Franzosen „Revolution!“ rufen, dann fangen sie auch eine an**

Das Magengeschwür ist programmiert. Hätte ich für Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans in der Kantine, wäre ich heute ziemlich wütend. Aber vor allem würde ich voller Neid nach Frankreich blicken. Bei uns hält man wenigstens Wort. Mehr als 800.000 Unzufriedene sind am Donnerstag in mehr als 70 Städten auf die Straße gegangen. Eisenbahner, Metrofahrer, Air-France-Piloten, Ärzte, Physiotherapeuten, Pflegepersonal, Feuerwehrleute, Müllleute, Studenten und Professoren, Rechtsanwälte, Postangestellte, ob aus dem öffentlichen Dienst oder dem privaten Sektor: alle gemeinsam auf der Straße. Sogar der Eiffelturm blieb geschlossen. Alle protestieren gegen eine Rentenreform, deren Inhalt die Regierung von Emmanuel Macron nicht einmal offengelegt hat. Streik als Prophylaxe, wie beim Zahnarzt: Zahnreinigung zur Vermeidung von Karies. Mauer statt Reform. Lahmlegung. Schwarzer Donnerstag. Und den Freitag gleich dazu. Und es könnte am Montag und danach auch noch weitergehen. Das Ende einer Ära wird heraufbeschworen. Das Ende des Frankreichs, wie wir es kennen. Und all das, weil Macron den 42 unterschiedlichen Formen der Altersversorgung zugunsten einer Vereinfachung des Systems ein Ende bereiten will. Zumindest behauptet er das. In Frankreich ist man misstrauisch. Man empört sich aus Prinzip erst einmal und schaut dann, was passiert. Ein wenig wie Kevin Kühnert.

Um aus der Bredouille wieder herauszukommen rate ich beiden Ländern zur englischen Lösung. Kinostar Hugh Grant geht von Haustür zu Haustür, um die Leute davon abzuhalten, für Boris Johnson zu stimmen. Angeblich folgen die Frauen seiner Empfehlung. Würde ich auch! Stellen Sie sich nur mal vor, Laetitia Casta und Jean Dujardin würden sich vor die Demonstrationszüge stellen und die Unzufriedenen auffordern, nach Hause zu gehen. Sofortiger sozialer Frieden. Ich überlasse es Ihnen, das ideale Paar zu benennen, das heute auf dem Parteitag der SPD die Gemüter beruhigen könnte. Manchmal ist Politik ganz einfach.

— Übersetzung aus dem Französischen: Odile Kennel

STUTTMANN



## Wir müssen reden

Die Bildungsministerin will mehr „öffentliche Intellektuelle“. Das sind wir doch schon!

VON CHRISTIAN GEULEN UND MICHAEL SOMMER

Im „Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation“, veröffentlicht im November 2019, heißt es staatstragend: „Die Wissenschaft trägt in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels besondere Verantwortung.“ Als Schutzschild gegen Fake News und „Strömungen“, die sich in den neuen Medien breit machten und dort „zunehmend Gehör“ fänden, eigne sich eine Wissenschaft, die sich „in den Diskurs“ einbringe. Wissenschaftler sollten, fordert das Papier, in die Rolle des „Public Intellectual“ schlüpfen, des öffentlichen Intellektuellen, der sich in gesellschaftliche Debatten einmischt und auch nicht davor zurückschreckt, die Erträge seiner Forschung in ihrer Komplexität soweit herabzukalieren, dass sie außerhalb des Elfenbeinturms verstanden werden. In der Wissenschaft müssten jetzt dringend „Kompetenzen in der Wissenschaftskommunikation“ aufgebaut werden, selbstverständlich unter tätiger Mithilfe des Bundesbildungsministeriums, das die Forschenden „befähigen und ermutigen“ möchte, das von ihnen Erwartete auch zu leisten. Aufhorchen lässt die Forderung nach neuen „Reputationslogiken“, die es wissenschaftsintern zu schaffen gelte, um, so ist zu mutmaßen, Wissenschaftskommunikation als sogenannte Third Mission neben Forschung und – der ohnehin vernachlässigten – Lehre zur dritten Arena indikatorengesteuerter Leistungsmessung zu machen.

**Anja Karliczek trennt zwischen „Volk“ und „Elite“**

Doch wie misst man die Leistung eines öffentlichen Intellektuellen? Wer entscheidet, was gute Wissenschaftskommunikation ist und was nicht? Schreiben nicht viele Geisteswissenschaftler – im Gegensatz etwa zu Forschern in den Natur- und Lebenswissenschaften – längst auch für ein Publikum jenseits des Elfenbeinturms? Wie sinnvoll ist es, all jene, die nicht intrinsisch dazu motiviert sind, zu ihrem Glück zu zwingen? Wie immer man diese Fragen beantwortet: Hinter der ungelinkten Prosa des Papiers von Bildungsministerin Anja Karliczek steckt eine Agenda, lauern Steuerungsmechanismen wie „Outreach“ und „Impact“, die aus der an-

gsächsischen Wissenschaftslandschaft sattsam bekannt sind.

Wie es derzeit viele bildungspolitische Akteure tun, vollzieht auch das Papier des Bildungsministeriums eine eigenartige Trennung der Gesellschaft von den Systemen, aus denen sie besteht: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und sogar Bildung werden hier als in sich geschlossene Bereiche oder Arenen präsentiert, die mehr für ihre Außenkommunikation tun müssen, um von „der Gesellschaft“ wahrgenommen zu werden und in sie hineinwirken zu können. In dieser Perspektive aber reduziert sich Gesellschaft in höchst problematischer Weise auf das außerhalb dieser Systeme irgendwo vor sich hin existierende, ungebildete Volk. Ausgerechnet das, was dem populistischen Mythos von „denen da oben, die nur lügen“, entgegenwirken soll, nimmt die damit gemeinte Trennung zwischen dem vergessenen Volk (hier: die Gesellschaft) und den Etablierten (hier: die Wissenschaft) zunächst einmal beim Wort.

Dabei aber wird das gesamte Spektrum der Formen und Wege vergessen, durch die Wissenschaft längst mit der Gesellschaft vernetzt und verwoben ist. So spricht das Papier des Bildungsministeriums mehrfach davon, dass sich Wissenschaftskommunikation primär an Kinder, Jugendliche und junge Menschen zu richten habe. Hierfür sollen von der Politik zusätzliche Mittel und von der Wissenschaft neue Formate bereitgestellt werden. Warum aber werden diese Mittel und diese Energie nicht in die dringend notwendige Verbesserung jener Form des Wissenstransfers gesteckt, durch den die Wissenschaft immer schon direkt und umfassend auf die Gesellschaft und zumal die junge Generation einwirkt: die Bildung und Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern? Angesichts der chronischen Überlastung der meisten Lehramtsstudiengänge, des dramatischer werdenden Lehrermangels und der jüngsten Pisa-Ergebnisse hat die Politik diesen Weg der „Wissenschaftskommunikation“ offenbar aufgegeben – zugunsten neuer Wege der direkten Bürgerbildung. Denkt man das zu Ende, können wir langfristig auf das Konzept allgemeiner Schulbildung auch verzichten.

Ebenfalls vergessen wird, dass zumindest die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften ihre Wissensproduktion immer schon in direkter Weise an die Gesellschaft richten. Sie müssen nicht mathematisch Modelle und Wahrscheinlichkeitsrelationen erst popularisierend in Grafiken und verstehbare Prognos-

en verwandeln, sondern präsentieren ihre Forschung in den allermeisten Fällen in einer narrativen Prosa, die (eine gewisse Bildung vorausgesetzt – siehe oben) von jedem gelesen werden können. Ihre Veröffentlichungen, nicht selten in Publikumsverlagen, richten sich an eine lesende Öffentlichkeit. Die für die Vermittlung notwendige didaktische Reduktion gehört zum Alltag. Von einem aktuellen „Kulturwandel“ hin zu einer kommunizierenden Wissenschaft kann hier also keine Rede sein. Eine nicht kommunizierende Wissenschaft gibt es nicht.

Das alles bedeutet keineswegs eine Komplettverweigerung gegenüber der Idee, die Außenkommunikation der Wissenschaft zu verbessern. Wenn Wissenschaft aber prinzipiell von ihrer Außenkommunikation lebt (Forschung, Lehre und Veröffentlichung sind gesellschaftliche Kommunikationsformen), warum wird dann ein angeblich völlig neuer Aufgabebereich erfunden, der den existierenden Kommunikationsformen Zeit, Energie und Geld wegnimmt? Oder meint man wirklich, dem derzeitigen Bildungsverfall oder den populistischen Subwelten pseudowissenschaftlicher Verschwörungstheorien mit besserer PR entgegenwirken zu können?

Sinnvoller wäre es, die Kommunikation und Vermittlung von Wissen selber zu einem Untersuchungsgegenstand interdisziplinärer Forschung zu machen, und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Schwierigkeiten, Grenzen und Gegenkräfte der Wissensvermittlung zu legen, um die eigentlichen Ursachen des heutigen Legitimationsverlusts wissenschaftlicher Aussagen zu ergründen. Diese liegen nämlich in der Gesellschaft und damit auch in der Wissenschaft, insofern sie ein Teil der Gesellschaft ist. Ganz sicher aber nicht darin, dass die Wissenschaft die Gesellschaft aus dem Blick verloren hätte.

— Christian Geulen ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Koblenz-Landau. Michael Sommer ist Professor für Alte Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Verfasser sind Delegierter beim beziehungsweise Vorsitzender des Philosophischen Fakultätentages.

## Paradoxe Folge der Anklage

US-Demokraten zurück in Defensive

VON CHRISTOPH VON MARSCHALL

Die Tonlage ist aufschlussreich. Die Demokraten klagen Donald Trump des Verfassungsbruchs an, Parlamentspräsidentin Nancy Pelosi klingt aber fast so, als wolle sie sich bei den Bürgern entschuldigen. „Ich bedaure, dass der Präsident uns keine Wahl lässt. Ein Impeachment ist keine angenehme Entwicklung.“ Die Wahrscheinlichkeit, dass Trump des Amts enthoben wird, geht gegen Null. Die Nation ist gespalten: Die eine Hälfte unterstützt das Impeachment, die andere nicht. Trump hat mit seinem Vorgehen in der Ukraine Recht gebrochen, die Umstände sind aber kompliziert. Es ist kein so offenkundiger Rechtsbruch wie bei der Watergate-Affäre, also der Verwicklung von Präsident Nixon in den Einbruch in die Wahlkampfbüro der Demokraten oder Bill Clintons Meineid in der Lewinsky-Affäre.

Nach Wochen offensiver Dynamik fallen die Demokraten in die Defensive zurück. Mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus setzen sie den Prozess zwar in Gang. Damit wandert er aber in den Senat, wo die Republikaner die Mehrheit haben, und ist nur noch eine von mehreren Bühnen im Wahlkampf 2020. In diesem Schauspiel fehlt den Demokraten weiter die Inszenierung, die ihren Sieg in elf Monaten wahrscheinlich macht: eine mitreißende Person mit einer Empathie auslösenden Lebensgeschichte und einem mehrheitsfähigen Programm, das ökonomischen Erfolg in den Mittelpunkt rückt.

Das Feld der Präsidentschaftskandidaten hat sich von 25 auf ein halbes Dutzend verkleinert. Breite Zuvorsicht löst jedoch keiner ihrer Namen aus, keiner erfüllt die zwei Erfolgskriterien zugleich: Begeisterungspotenzial und „Electability“, Wählbarkeit für die Mehrheit der Bürger. Joe Biden (77) ist zu alt und steht zu sehr für das Gewohnte. Elizabeth Warren (70) und Bernie Sanders (78) sind zu alt und zu links, um mehrheitsfähig zu sein. Pete Buttigieg (37) ist zu jung, zu unerfahren in nationaler und internationaler Politik, zudem kann sich Umfragen zufolge eine Mehrheit der Amerikaner einen Schwulen als Präsidenten nicht vorstellen. Michael Bloomberg (77), der die Hauptwahl gegen Trump gewinnen könnte, müsste erst mal von den Demokraten nominiert werden. Der Milliardär wirkt auf Teile der Basis abgehoben und wenig vertraut mit den Sorgen der Durchschnittsbürger.

Kamala Harris, Tochter von Einwanderern aus Jamaica und Indien, galt mal als Mitfavoritin, ist wegen fehlenden Rückhalts aber aus dem Rennen ausgestiegen. Nun werben alle Anderen um ihre Spender und ihr Expertenteam.

Das darf's doch nicht gewesen sein, lamentieren die Demokraten. Sie hoffen auf neue Dynamik in den Vorwahlen. Nur, wo sind die Personen, die sie entfachen? Fürs Erste dominiert Trump die Bühne.

ANZEIGE



SIE HABEN DEN TAGESSPIEGEL ZUR NR. 1 GEMACHT. WIR SAGEN DANKE.

## Danke, dass Sie Teil des Tagesspiegel-Teams werden wollen.

(Folge 41) Wir sind immer auf der Suche nach neuen motivierten Kolleg\*innen für unsere Redaktion und den Verlag. Ob als Redakteur\*in, Controller\*in, Backend-Entwickler\*in oder anderes, wir freuen uns über Ihre interessanten und aussagekräftigen Bewerbungen. Unsere offenen Stellen finden Sie unter <http://verlagsjobs.tagesspiegel.de>.

Ihre Anja Heidenreich, Personalreferentin

In 75 Jahren haben Sie den Tagesspiegel zur größten Zeitung der Hauptstadtregion gemacht. Dafür danken wir Ihnen 75 mal. Welchen Dank haben wir vergessen? Schreiben Sie uns bitte an [danke@tagesspiegel.de](mailto:danke@tagesspiegel.de) oder melden Sie sich unter 030-29021-32653

